

Protokoll der Landes-ASTen-Konferenz vom 30.11.91 an der TH Darmstadt

Anwesend: Andreas	Uni Gießen
Christoph, Mathias	- FH Gießen
Harald, Uli, Umur	- TH Darmstadt
2x Christian	- Uni Frankfurt
Angelika, Beate	- GH Kassel
Joachim, Michel, Gabi	- FH Rüsselsheim
Marion	- FH Darmstadt
Andreas	- EFH Darmstadt

- TO:
1. Politische Bewertung der Einladung ins Ministerium
 2. Form und Umstände des Besuchs
 3. Auswirkungen des AusländerInnengesetzes an den Hochschulen
 4. Diskussion des Gießener Arbeitspapiers
 5. Pressearbeit
 6. Demo

1.

Was will Mayer (M) mit der Einladung?

- Durch die Trennung von FHs und Unis sollen wir gespalten werden.
 - Der Termin ist ein 'Feigenblatt', M will gegenüber der Öffentlichkeit (und vielleicht auch fürs eigene 'politische Gewissen') die 'Mutter' sein, die ihren 'Kindern' auch mal zuhört.
- Beide Meinungen wurden mit unterschiedlicher Gewichtung von allen akzeptiert.

2.

Um den 'Feigenblatt-Effekt' zu verhindern, müßten wir gute Pressearbeit machen, wenn wir überhaupt den Termin wahrnehmen. Wir dürfen uns nicht spalten lassen! Einzelprobleme sollten nicht diskutiert werden, zu diesem Zweck müssen wir auf Einzelterminen bestehen.

Zuerst muß geklärt werden, ob wir überhaupt hingehen wollen. Gibt es Forderungen, die realisierbar sind? (Brainstorming) Wir könnten mit Aussicht auf Erfolg fordern:

- das 'allgemeinpolitische Mandat', Genehmigung von Satzungen und Klärung der Probleme mit Haushaltsordnungen
 - Demokratie an den Hochschulen (Drittelparität? oder was neues?)
 - Hochschulen sollen sich dem AusländerInnengesetz verweigern, Verfassungsklage soll geführt werden.
- Kein Widerspruch zu der Aussage, daß nur realisierbare Forderungen und keine Utopien gefordert werden sollten.

Es herrscht Konsens, daß selbst für die tendenziell 'realisierbaren' Forderungen wenig Chancen bestehen. Die meisten Forderungen des Gießener Papiers sind eher 'utopisch' oder politisch kaum durchsetzbar. Sollten wir trotzdem hinfahren?

Ja: Die 'konstruktiven' Forderungen sind es wert

- Unsere Dialogbereitschaft soll signalisiert werden
- M weiß so wenig - wir müssen ihr unsere Probleme schildern

Nein: Das Treffen kann kontraproduktiv werden, wenn M Lorbeeren erhält, die sie nicht verdient (d.h. der Eindruck entsteht, die Stimme der ASTen wäre ihr etwas wert)
Es wird nichts aus dem Treffen folgen, vertane Zeit
Wir lassen uns nicht mehr verarschen

Alle außer Marion wollen, mehr oder weniger überzeugt, am Treffen teilnehmen. Es werden jedoch alle ASTen gleichzeitig auftauchen und außerdem werden wir die Themen bestimmen.

3.

Marion stellt die Probleme der 'ausländischen' Studierenden mit dem AusländerInnengesetz dar. Der beiliegende Entwurf ist ein Vorschlag für einen Konventsantrag.

Kontroverse Diskussion, ob das 'Wecken schlafender Hunde' nicht schlecht für die Betroffenen sein könnte. Ergebnis ist, daß die ASten darüber diskutieren und am nächsten Dienstag beim Mayer-Vorbereitungstreffen nochmal beraten sollen. Prinzipiell wird es keine 'zentral gesteuerte' Aktion geben, jeder AStA wird tun, was er für richtig hält. Aber wichtig: informelle Zusammenarbeit!

4.

Die langsam kleiner werdende Gruppe macht sich über das Gießener Papier her und kommt zum folgenden Forderungskatalog, der am Dienstag, den 5.11. um 14.30 Uhr in Gießen diskutiert werden soll.

Entwurf der Forderungen der I.AK an Evelies

Folgende Forderungen halten wir für unumgänglich, um eine Basis für eine eventuelle Zusammenarbeit herzustellen.

1. Die Hochschulen müssen behindertengerecht aus- und umgebaut werden.
2. Vetorecht bei Berufungen für studentische Mitglieder von Berufungskommissionen.
3. Wir fordern eine entsprechende Berücksichtigung des Engagements in der Selbstverwaltung bei der Beurteilung von StellenbewerberInnen. Eine entsprechende Verordnung ist dringend notwendig.
4. Die Finanzautonomie der StudentInnenschaften muß gestärkt werden. Manche "Rechtsaufsicht" versucht politisch mißliebigen StudentInnenvertretungen die Finanzautonomie durch juristische Tricks abzuknöpfen (siehe Uni Ffm).
5. Die Ministerin soll die Initiative ergreifen, daß StudentInnen wohngeldberechtigt werden. Der BAFöG-Höchstsatz reicht längst nicht mehr aus, um die dramatisch steigenden Mieten zu begleichen. Viele StudentInnen müssen daher jobben gehen. Oft geht die Hälfte des BAFöG allein für Miete drauf. Desweiteren fordern wir, daß das BAFöG an die realen Studienzeiten angeglichen wird. Auch im Prüfungssemester müssen StudentInnen voll BAFöG-berechtigt sein. Das BAFöG soll wieder auf Vollzuschuß ausgezahlt werden. Wir sind gegen die geplante BAFöG-Novelle.
6. Transparenz in der Drittmittelforschung gegenüber der Öffentlichkeit. Ein jährlicher Bericht der ProfessorInnen muß beinhalten: Titel des Projekts, Beteiligte, Umfang, Geldquelle und schlüssige Kurzbeschreibungen.
7. Die Zwangsexmatrikulation muß abgeschafft werden. Die psychosoziale Situation der StudentInnen in Prüfungsphasen ist katastrophal. Die Drohung der Zwangsexmatrikulation führt bei vielen zu Angst, Streß und Erkrankungen. Die Prüfungsordnungen müssen darauf durchforstet werden, daß sie keine Exmatrikulation bei nicht bestandenen Prüfungen mehr enthalten dürfen. Die Genehmigung der Prüfungsordnungen ist direkte Kompetenz der Ministerin, dies kann ohne großen Aufwand geschehen.
8. Die Hochschulen sollen finanziell so ausgestattet werden, daß die Lehrmittelfreiheit wieder hergestellt wird.
9. Es müssen Haushaltsressourcen bereitgestellt werden, mit denen kurzfristig Büro- und Wohnraum angemietet werden kann.
10. Die "Regelwohnzeit" für AusländerInnen soll um mindestens 2 Semester erhöht werden.

11. Die gesetzlich garantierte Autonomie der Hochschulen ist durch das neue AusländerInnengesetz der Bundesregierung hinsichtlich der Nicht Deutschen StudentInnen de facto außer Kraft gesetzt. Laut dem AusländerInnengesetz sollen die Hochschulen verpflichtet sein, Daten ausländischer Studierender an die AusländerInnenbehörden weiterzugeben. Wir fordern: keine Datenweitergabe aus der Hochschule an die AusländerInnenbehörde! Hier werden ausländische StudentInnen zu StudentInnen zweiter Klasse gemacht und bei "nicht ausreichenden" Leistungen mit Abschiebung bedroht. Ausländische StudentInnen müssen dadurch höhere Anforderungen erfüllen als deutsche (die so lange studieren können wie ihr Geld reicht). Im Streitfall muß ein Musterprozeß geführt werden, der zeigen soll, daß das AusländerInnengesetz verfassungswidrig ist, weil es die Autonomie der Hochschulen einschränkt.

12. Wir fordern eine massive Stellenerhöhung in der Lehre (ProfessorInnen, wissenschaftlicher Mittelbau u.a.), um die Durchführung der Lehre an den Schulen und Hochschulen wieder zu ermöglichen. Die C3- und C4-ProfessorInnen an den Fachhochschulen müssen besser ausgestattet werden, da immer mehr Stellen nicht besetzt werden können.

(13. Abschaffung des BerufsbeamtInnentums für ProfessorInnen und Einführung einheitlicher ProfessorInnenstellen)

14. Wir fordern den urheberrechtlichen Schutz der Ergebnisse von Diplomarbeiten.

Mündlich vorgebracht und diskutiert werden sollen die folgenden drei Themen: Allgemeinpolitisches Mandat, Demokratisierung der Hochschulen, AusländerInnengesetz an der Hochschule.

Im Laufe der Arbeit stellt Uli fest, daß der ASa der THD höchstwahrscheinlich kein Treffen mit solchen Forderungen besuchen wird, da für dieses Papier die beiden ersten 'Nein Argumente' von TOP 3 zum tragen kommen.

Nicht in diese Liste eingearbeitet, aber angesprochen und nicht abgelehnt wurden: interdisziplinäre Forschung, 'HAFöG', Frauenförderplan, Abschaffung von Forschungsfreisemestern

Außerdem soll eine längere Einführung geschrieben werden, die betont, daß wir einen reformerischen Ansatz von der rot-grünen Koalition erwarten und bisher enttäuscht sind.

5.

Wurde nicht besprochen, anscheinend auf Dienstag verschoben

6.

Wurde auch nicht besprochen, sehr zum Leidwesen von Gabi, Joachim, Michel und Uli.

Protokolliert hat diese Sitzung: ULI

11. Die gesetzlich garantierte Autonomie der Hochschulen ist durch das neue AusländerInnengesetz der Bundesregierung hinsichtlich der Nicht Deutschen StudentInnen de facto außer Kraft gesetzt. Laut dem AusländerInnengesetz sollen die Hochschulen verpflichtet sein, Daten ausländischer Studierender an die AusländerInnenbehörden weiterzugeben. Wir fordern: keine Datenweitergabe aus der Hochschule an die AusländerInnenbehörde! Hier werden ausländische StudentInnen zu StudentInnen zweiter Klasse gemacht und bei "nicht ausreichenden" Leistungen mit Abschiebung bedroht. Ausländische StudentInnen müssen dadurch höhere Anforderungen erfüllen als deutsche (die so lange studieren können wie ihr Geld reicht). Im Streitfall muß ein Musterprozeß geführt werden, der zeigen soll, daß das AusländerInnengesetz verfassungswidrig ist, weil es die Autonomie der Hochschulen einschränkt.

12. Wir fordern eine massive Stellenerhöhung in der Lehre (ProfessorInnen, wissenschaftlicher Mittelbau u.a.), um die Durchführung der Lehre an den Schulen und Hochschulen wieder zu ermöglichen. Die C3- und C4-ProfessorInnen an den Fachhochschulen müssen besser ausgestattet werden, da immer mehr Stellen nicht besetzt werden können.

(13. Abschaffung des Berufsbeamtenstatus für ProfessorInnen und Einführung einheitlicher ProfessorInnenstellen)

14. Wir fordern den urheberrechtlichen Schutz der Ergebnisse von Diplomarbeiten.

* Im Laufe der Arbeit stellt Uli fest, daß der AStA der THD höchstwahrscheinlich kein Treffen mit solchen platten Forderungen besuchen wird, da für dieses Papier die beiden ersten 'Nein-Argumente' von TOP 3 zum tragen kommen.

Nicht in diese Liste eingearbeitet, aber angesprochen und nicht abgelehnt wurden: interdisziplinäre Forschung, 'HAFöG', Frauenförderplan, Abschaffung von Forschungsfreiemestern

Außerdem soll eine längere Einführung geschrieben werden, die betont, daß wir einen reformerischen Ansatz von der rot-grünen Koalition erwarten und bisher enttäuscht sind.

5.

Wurde nicht besprochen, anscheinend auf Dienstag verschoben

6.

Wurde auch nicht besprochen, sehr zum Leidwesen von Gabi, Joachim, Michel und Uli.

Protokolliert hat diese Sitzung: ULI

*